ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Konjunktur im Zeichen von Ölpreisschock und Steuerentlastung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (2000) : Konjunktur im Zeichen von Ölpreisschock und Steuerentlastung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 12, pp. 751-756

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/40492

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Eckhardt Wohlers

Konjunktur im Zeichen von Ölpreisschock und Steuerentlastung

Das Jahr 2000 war aus konjunktureller Sicht sehr erfolgreich. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um reichlich 3% und damit deutlich stärker als in den 90er Jahren. Die positive Entwicklung wird aber überschattet durch den drastischen Anstieg der Ölpreise. Welche Auswirkungen hat der Ölpreisschock auf die Konjunktur in Deutschland im nächsten Jahr? Gibt es auch von anderer Seite dämpfende Einflüsse? Was bringen die steuerlichen Entlastungen? Wie sind die Konjunkturperspektiven für das Jahr 2002?

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war in diesem Jahr geprägt von einem kräftigen Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresergebnis um reichlich 3% gestiegen sein. Damit hat die deutsche Wirtschaft innerhalb des Euroraums Boden gutmachen können; das Wachstumsgefälle gegenüber den übrigen EWU-Ländern hat sich in diesem Jahr spürbar verringert[1]. Im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Expansion hat sich die Lage am Arbeitsmarkt merklich gebessert. Der Anstieg der Beschäftigung fiel mit etwa 1,7% im Jahresdurchschnitt sogar überraschend kräftig aus, doch haben dabei auch Sonderfaktoren im Zusammenhang mit der Änderung der gesetzlichen Regelungen für geringfügig Beschäftigte und der Revision der Erwerbstätigenstatistik eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt. So dürften durch die Neuregelung der Beschäftigungsverhältnisse auf 640-DM-Basis viele Zweitjobs, die in der Erwerbstätigenstatistik nicht erfasst werden, aufgegeben und durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte ersetzt worden sein[2]. Gleichwohl ist auch die Zahl der Arbeitslosen merklich zurückgegangen; die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf um fast einen Prozentpunkt; im November lag sie saisonbereinigt bei 9,3%[3].

Der Preisauftrieb hat sich allerdings in diesem Jahr spürbar verstärkt; bei den Verbraucherpreisen betrug die Inflationsrate im Oktober 2,4%. Das war aber großenteils Folge des Höhenflugs der Ölpreise und der Abwertung des Euro. Die „Kernrate"[4] hat sich zwar ebenfalls erhöht; sie ist mit reichlich 1½% aber immer noch deutlich niedriger als die Gesamtrate (vgl. Schaubild 1).

Dr. Eckhardt Wohlers, 57, ist Leiter der Abteilung „Internationale Makroökonomie" im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) in Hamburg.

Treibende Kraft der konjunkturellen Expansion in Deutschland war wie schon im Jahre 1999 der Export. Die Ausfuhren sind in diesem Jahr erneut kräftig gestiegen (vgl. Schaubild 2), in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung real um rund ein Achtel. Der anhaltende Exportboom spiegelt die dynamische Entwicklung in wichtigen außereuropäischen Regionen, insbesondere in den USA und in den asiatischen Schwellenländern, und in Europa wider. Überdies hat die Abwertung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euroraum deutlich verbessert.

Auch die Binnennachfrage expandierte im Gefolge des Exportbooms zügig; sie dürfte in diesem Jahr trotz der erheblichen Belastungen durch den Ölpreisschock um rund 2¼% zugenommen haben. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen[5], die bei günstigen Absatz- und Ertragsaussichten sowie relativ niedrigen Finanzierungskosten erneut kräftig ausgeweitet wurden. Demgegenüber nahm der private Verbrauch wegen der drastischen Ölverteuerung trotz spürbar gestiegener Beschäftigung nur verhalten zu. Bei den Bauinvestitionen, die im Jahre 1999 nach mehrjährigem

[1] Eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum folgt in Heft 1/2001 des WIRTSCHAFTSDIENST.

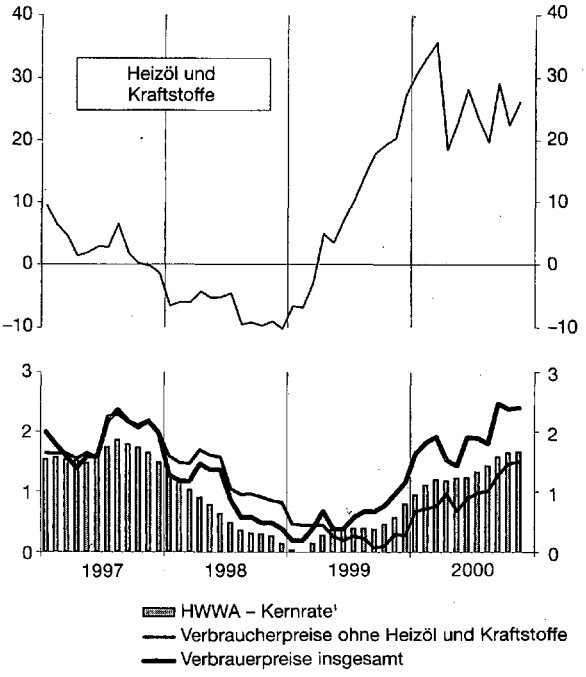
[2] Vgl. dazu: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 204, S. 54 f.

[3] Arbeitslosenquote in der Abgrenzung der Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen.

[4] Kernrate in der Abgrenzung des HWWA. Zur Berechnung vgl. Jörg Hinze: Konjunkturschlaglicht: Inflationsrate überzeichnet Preistendenz, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 80. Jg. (2000), H. 7, S. 438.

[5] Einschließlich der Investitionen in Sonstige Anlagen.

Schaubild 1
Entwicklung der Verbraucherpreise
(% gegenüber dem Vorjahr)



¹ Kernrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe sowie ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren), ohne Steueränderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, HWWA-Berechnungen.

Rückgang erstmals wieder etwas erhöht worden waren, kam es in diesem Jahr trotz weiterhin günstiger Finanzierungsbedingungen erneut zu einem Rückschlag. Er steht aber wohl in Zusammenhang mit den zu Anfang des Jahres in Kraft getretenen Änderungen in der Wohnungsbauförderung, vor allem der Eingengung des Kreises der Anspruchsberechtigten für die Eigenheimzulage, und dürfte deshalb zumindest in Westdeutschland keine neuerliche Tendenzwende darstellen.

Besonders stark war der Rückgang der Bauinvestitionen in Ostdeutschland. Er hatte sich im Jahre 1999 zwar deutlich verlangsamt, aber vor allem als Folge einer beträchtlichen Ausweitung der staatlichen Bauinvestitionen[6]. Als stabilisierende Impulse von dieser Seite her in diesem Jahr ausblieben, wurde die immer noch deutlich abwärts gerichtete Grundtendenz wieder sichtbar. Dem neuerlichen Einbruch in der Bautätigkeit stand zwar ein deutlicher Anstieg der Industrieproduktion gegenüber; sie wurde fast doppelt so stark ausgeweitet wie in Westdeutschland. Insgesamt blieb aber auch in diesem Jahr das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland hinter dem im Westen zurück. Noch ausgeprägter als bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion waren die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern am Arbeitsmarkt. Während in Westdeutschland die Zahl der Arbeitslosen im Laufe dieses Jahres deutlich sank, hat sie in Ostdeutschland bestenfalls stagniert (vgl. Schaubild 3).

Drastischer Anstieg der Ölrechnung

Die mit dem drastischen Anstieg des Ölpreises verbundenen dämpfenden Einflüsse auf die Konjunktur wurden in diesem Jahr noch weitgehend von den stimulierenden Einflüssen überspielt, die von der kräftigen Expansion der Weltkonjunktur und von der Euro-Schwäche ausgingen. Allerdings mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich die Konjunktur abzukühlen beginnt. So hat sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Jahreshälfte spürbar eingetrübt, und die Verbraucher blicken seit kurzem nicht mehr ganz so optimistisch in die Zukunft. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen europäischen Länder. Zudem tendierten die Auftragseingänge aus dem Inland zuletzt etwas schwächer. Offenbar kommen nun die dämpfenden Einflüsse des Ölpreisanstiegs stärker zum Tragen.

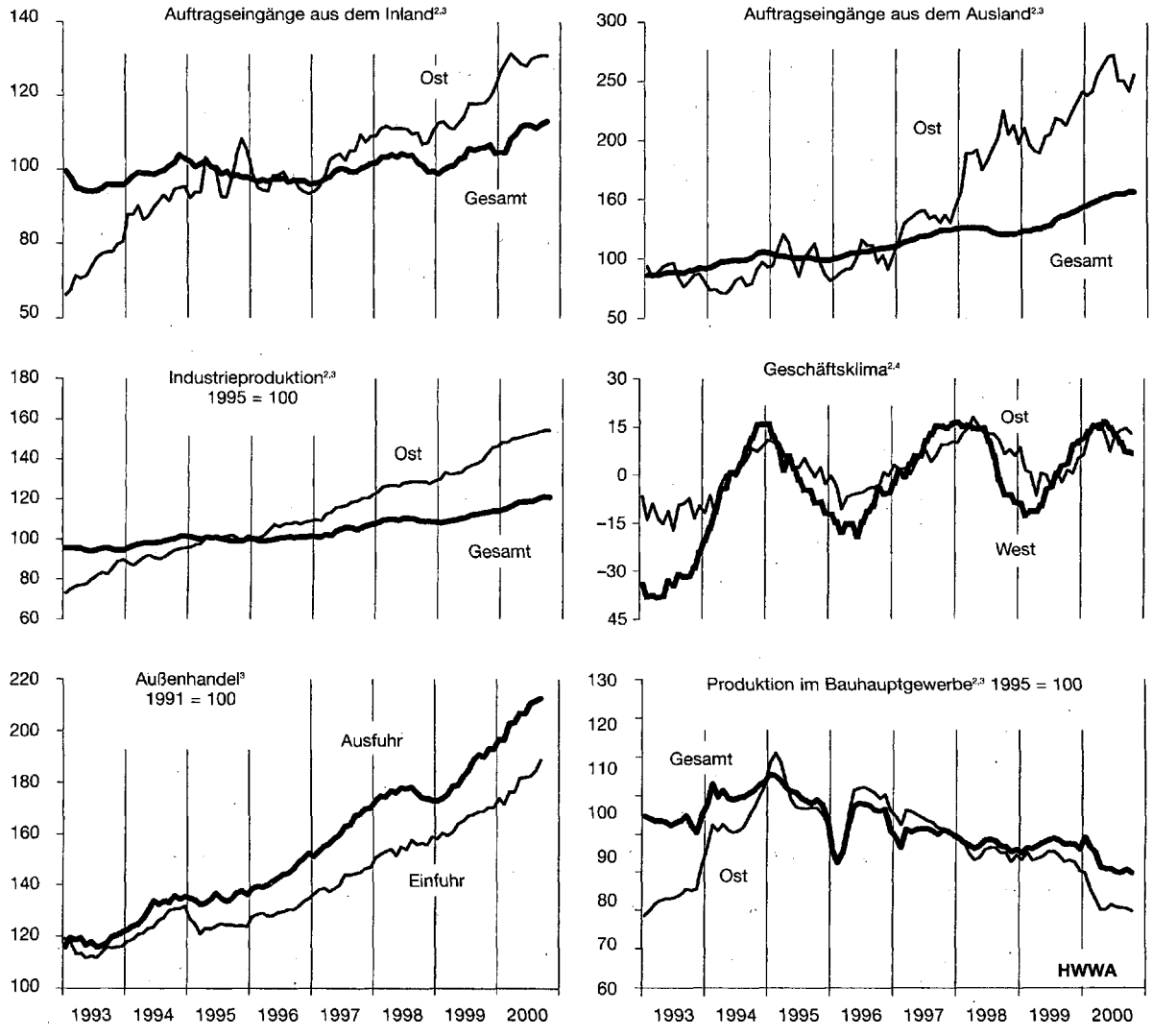
Betroffen vom Ölpreisanstieg ist zunächst vor allem die Binnennachfrage. Die Verstärkung des Preisauftriebs schwächt die Kaufkraft der privaten Haushalte und dämpft für sich genommen den privaten Konsum. Zwar könnte, um das Verbrauchsniveau zu halten, die Sparquote gesenkt werden. Wird der Ölpreisanstieg aber für dauerhaft angesehen, kommt es über kurz oder lang zu einer Anpassung des Verbrauchs. Mit der Dämpfung des privaten Konsums verschlechtern sich tendenziell die Absatzaussichten – bzw. bei nur unvollständiger Überwälzung der höheren Energiekosten die Ertragsaussichten – im Inland, so dass von daher auch eine Beeinträchtigung der Investitionsneigung der Unternehmen zu erwarten ist.

Da die Binnennachfrage in allen Ölverbrauchsländern gleichermaßen geschwächt wird, ergeben sich – mit einiger Verzögerung – schließlich auch retardierende Einflüsse auf den Export. Zwar wird mit steigenden Exporterlösen die Importneigung der Ölförderländer zunehmen, so dass von daher eine gewisse Kompensation zu erwarten ist. Erfahrungsgemäß dauert das „Recycling der Petrodollars" jedoch geraume Zeit. Zudem dürften insbesondere die OPEC-Länder ihre höheren Exporterlöse auch zur Reduzierung ihrer

[6] Dabei haben auch starke Schwankungen bei den Verkäufen von Land, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den staatlichen Bauinvestitionen zugeordnet werden, eine erhebliche Rolle gespielt.

Schaubild 2

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland[1]



[1] Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). [2] Verarbeitendes Gewerbe. [3] Dreimonatsdurchschnitte. [4] Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo-Institut; eigene Berechnungen.

in den Jahren 1997/98 deutlich gestiegenen Auslandsverschuldung nutzen.

Anhaltspunkte zur Quantifizierung der dämpfenden Effekte des Ölpreisschocks gibt die Entwicklung der „Ölrechnung", üblicherweise definiert als Wert der Einfuhr von Rohöl und Mineralölerzeugnissen. Die deutsche Ölrechnung hat sich allein im Jahre 2000 um rund 34 Mrd. DM erhöht, das entspricht 0,8% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tabelle 1)[7]. In den Jahren 1999 und 2000 zusammengenommen betrug der Einkommenstransfer an die Ölländer insgesamt rund 1% des BIP. Das Bild ändert sich nicht nennenswert, wenn man statt der Ölrechnung die gesamte Energierechnung zugrunde legt, die zusätzlich auch die Belastungen durch die drastische Verteuerung importierten Erdgases erfasst[8].

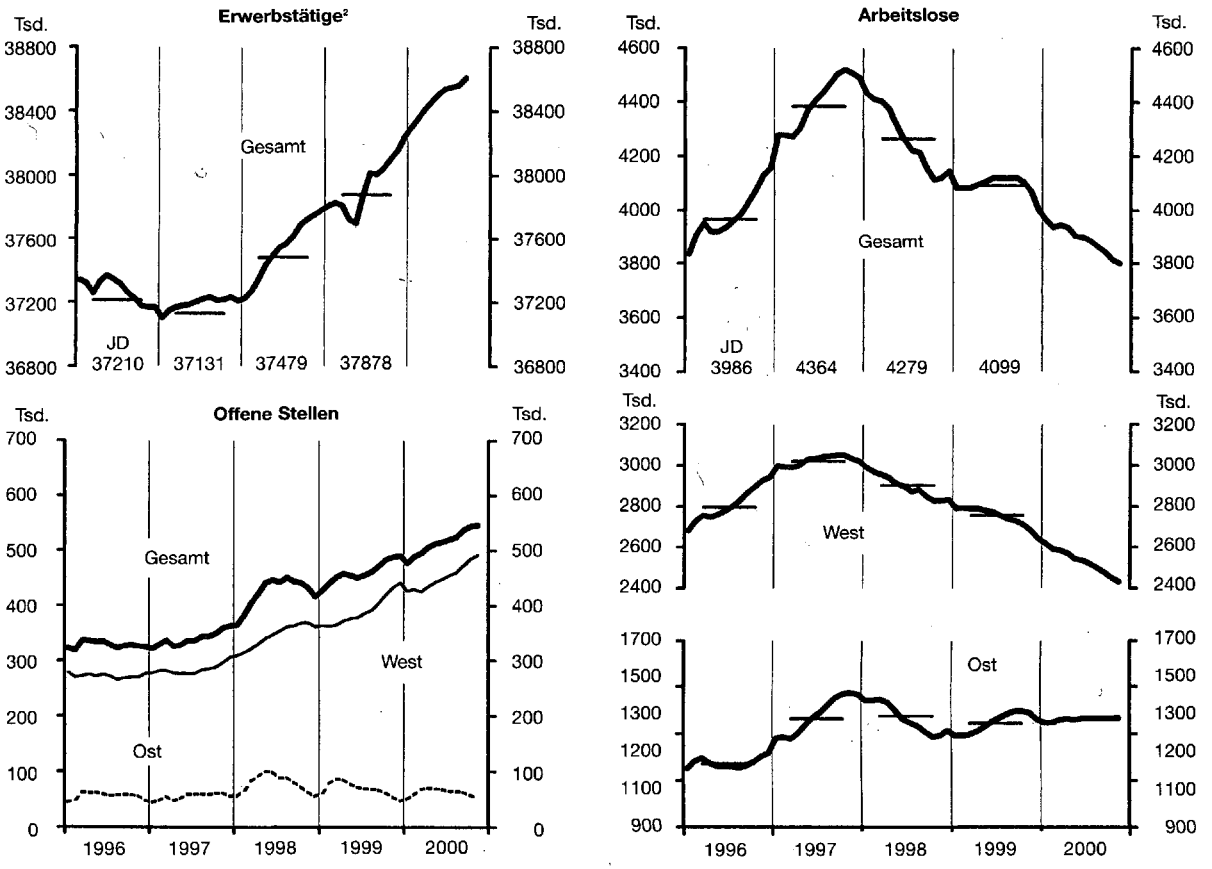
Der unmittelbare dämpfende Impuls des Ölpreisanstiegs ist mit rund 1% des BIP zwar beachtlich. Be-

[7] Bei der Berechnung wurde unterstellt, dass in den Monaten Oktober bis Dezember, für die noch keine Daten vorliegen, die gleichen Mengen importiert wurden wie im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres. Ferner wurde unterstellt, dass der Ölpreis im Durchschnitt des vierten Quartals 31 $/Barrel betrug.

[8] Außerdem ist der Export von Mineralölerzeugnissen und Erdgas berücksichtigt, der sich in diesem Jahr insgesamt wohl um fast die Hälfte verteuert hat; die Energierechnung wurde dadurch um fast 4 Mrd. DM entlastet.

Schaubild 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland[1]



[1] Saisonbereinigte Monatswerte. [2] Inländerkonzept. Saisonbereinigung nach Census-X-12-Verfahren.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

fürchtungen, dass der Ölpreisschock zu einer starken Beeinträchtigung der Konjunktur oder sogar, wie nach den Ölkrisen der siebziger Jahre, zu einer Rezession führen könnte, sind aber nicht angebracht. Simulationsrechnungen mit gesamtwirtschaftlichen Modellen deuten für Deutschland für das Jahr 2001 auf Wachstumseinbußen in einer Größenordnung von einem halben Prozentpunkt des realen Bruttoinlandsprodukts hin. Ein Grund für die vergleichsweise geringe Beeinträchtigung der Konjunktur ist, dass der Primäreffekt wegen der deutlich geringeren Ölintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion weitaus schwächer ist als damals[9]; in den Jahren 1973/74 und 1979/80 war er mit jeweils 2,3% des BIP mehr als doppelt so groß.

Insbesondere hat aber der Ölpreisanstieg diesmal – anders als früher – keine nennenswerten Zweitrundeneffekte ausgelöst, so dass der Preisauftrieb trotz kräftiger außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse vergleichsweise moderat blieb. Vor allem wurde nicht versucht, den mit dem Einkommenstransfer an die Ölländer verbundenen Realeinkommensverlust über höhere Löhne zu kompensieren, so dass eine Lohn-Preis-Spirale – mit entsprechenden Gegenreaktionen der Geldpolitik – vermieden werden konnte. Der Lohnanstieg fiel in diesem Jahr mit knapp 2% sogar deutlich niedriger aus als 1999, und auch für das kommende Jahr ist nach den bereits vorliegenden, bis weit in das Jahr 2001 oder zum Teil sogar darüber hinaus reichenden Tarifabschlüssen nicht mit nennenswert höheren Lohnsteigerungen zu rechnen.

Gegen eine nachhaltige Beeinträchtigung der Konjunktur spricht schließlich auch, dass sich die Lage am Ölmarkt zu entspannen beginnt; der Ölpreis hat bereits wieder spürbar nachgegeben. Mit nachlassen-

[9] Die Ölintensität hat sich dank erheblicher Anstrengungen zur Drosselung des Energieverbrauchs seit Ende der siebziger Jahre in Deutschland wie auch in vielen anderen Ländern nahezu halbiert. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, a.a.O., S. 9.

der Dynamik der Weltwirtschaft wird die Nachfrage nach Öl im nächsten Jahr an Schwung verlieren. Das spricht dafür, dass der Ölpreis weiter sinken wird; hier ist unterstellt, dass er sich im Jahre 2001 im Durchschnitt bei reichlich 26 $/Barrel bewegen wird. Damit wird auch die Ölrechnung wieder niedriger.

Außenwirtschaftlicher Rahmen ungünstiger

Neben dem Ölpreisschock gibt es noch weitere Faktoren, die auf eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in Deutschland hinwirken. In vielen Industrieländern sind seit Spätsommer 1999 die geldpolitischen Zügel spürbar angezogen worden, so dass schon von daher – mit der üblichen Wirkungsverzögerung – eine Dämpfung der konjunkturellen Expansion bei wichtigen Handelspartnern zu erwarten war. In den USA zeichnet sich bereits eine spürbare Abkühlung der Konjunktur ab; ein „hard landing", das zu einer erheblichen Belastung der Weltwirtschaft führen würde, erscheint allerdings trotz gestiegener Risiken nicht als sehr wahrscheinlich[10]. Zudem dürfte sich die wirtschaftliche Erholung in den asiatischen Schwellenländern und in den mitteleuropäischen Reformländern wegen der deutlich gestiegenen Kapazitätsauslastung und einer weniger expansiven Wirtschaftspolitik nicht mehr in dem bisherigen Tempo fortsetzen. Schließlich wird auch die Konjunktur im Euroraum wegen der Straffung der Geldpolitik an Schwung verlieren.

Überdies lassen die mit der Abwertung des Euro verbundenen Impulse in ihrer Wirkung nach. Der Euro hat in der letzten Zeit wieder etwas angezogen. Im kommenden Jahr dürfte er sich bei einer weitgehenden Einebnung des Wachstumsgefälles zwischen den USA und Europa und einer Verringerung der Zinsunterschiede weiter festigen, so dass von der Wechselkursentwicklung – mit der üblichen Verzögerung von etwa einem halben Jahr – sogar leicht dämpfende Einflüsse auf den Export ausgehen werden.

Tabelle 1
Entwicklung der deutschen Ölrechnung

	1973	1974	1975	1979	1980	1981	1999	2000	2001
Ölpreis									
in US-Dollar	3,5	11,6	11,4	20,0	32,8	36,4	17,2	29,0	26,5
in DM	9,3	30,3	28,1	36,6	59,6	82,0	31,7	60,9	54,8
Ölrechnung[1]									
in Mrd. DM	15,2	32,8	29,6	49,0	64,8	72,4	36,8	69,9	63,0
Veränderung									
in Mrd. DM	4,4	17,6	-3,2	16,5	15,8	7,6	6,4	33,1	-6,9
in % des nominalen BIP	0,5	1,8	-0,3	1,2	1,1	0,5	0,2	0,8	-0,2
Energierechnung[2]									
in Mrd. DM	–	–	–	–	–	–	37,4	73,7	67,8
Veränderung									
in Mrd. DM	–	–	–	–	–	–	4,0	36,2	-7,4
in % des nominalen BIP	–	–	–	–	–	–	0,1	0,9	-0,2

[1] Einfuhr von Rohöl und Mineralölerzeugnissen, in den siebziger und achtziger Jahren in Westdeutschland. [2] Einfuhr abzüglich Ausfuhr von Rohöl, Mineralölerzeugnissen und Erdgas.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Wirtschaft; eigene Berechnungen.

Die schrittweise Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) seit November 1999[11] – die unter Stabilitätsaspekten im Grundsatz durchaus angebracht war – hat auch die Bedingungen für die Binnennachfrage in Deutschland tendenziell verschlechtert. Der Zins für langfristige Kredite an Unternehmen ist aber nur leicht gestiegen, die Umlaufsrendite für Staatsanleihen, die in der Regel als Indikator für den Kapitalmarktzins herangezogen wird, ist sogar etwas gesunken[12]. Für das kommende Jahr ist mit gravierenden Änderungen bei den Zinsen nicht zu rechnen. Bei nachgebendem Ölpreis, einer Festigung des Euro und schwächerer Konjunktur wird der Preisauftrieb im Euroraum im Laufe des Jahres 2001 spürbar nachlassen, so dass von daher kein Anlass für weitere Zinsanhebungen besteht. Beim langfristigen Zins könnte sich bei einer spürbaren Abkühlung der Konjunktur in den USA sogar ein leichter Rückgang ergeben.

Kräftige Impulse von der Finanzpolitik

Den vom Ölpreisschock und von der Geldpolitik ausgehenden dämpfenden Einflüssen stehen allerdings im nächsten Jahr in Deutschland – wie auch in einer Reihe von anderen EWU-Ländern – beträchtliche Anregungen von Seiten der Finanzpolitik gegenüber. Die „Steuerreform 2000" bringt im Jahre 2001 für private Haushalte und Unternehmen steuerliche Entlastungen in einer Größenordnung von 45 Mrd. DM; mit reichlich 1% des Bruttoinlandsprodukts sind sie sogar noch etwas größer als der vom Anstieg der Ölrechnung ausgehende dämpfende Impuls. Die Steuerentlastung kommt somit unter konjunkturellen Aspekten zum richtigen Zeitpunkt. Als Folge der Steuerreform wird sich im nächsten Jahr das Defizit des Staates wieder auf 1½% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dies bedeutet jedoch keine Abkehr vom Konsolidierungskurs; bereits im Jahre 2002 soll das Defizit nach den Planungen der Bundesregierung wieder deutlich zurückgehen.

[10] Vgl. dazu auch das Konjunkturforum in Heft 1/2001 des WIRTSCHAFTSDIENST.

[11] Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde in sieben Schritten um insgesamt 2,25 Prozentpunkte angehoben.

[12] Vgl. Ulrike Dennig: Konjunkturschlaglicht: Moderate Zinsentwicklung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 80. Jg. (2000), H. 11, S. 688 f.

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird im Jahre 2001 somit von unterschiedlichen Einflüssen geprägt. Der Ölpreisschock, das weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld, die nachlassenden Anregungen aus der Euro-Abwertung und die Straffung der geldpolitischen Zügel wirken auf eine spürbare Abflachung der konjunkturellen Grundtendenz hin. Dem stehen aber erhebliche Anregungen durch die Finanzpolitik gegenüber, die insbesondere in der ersten Jahreshälfte stark zu Buche schlagen werden. Unter diesen Bedingungen dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts mit 2,7% nicht viel niedriger ausfallen als in diesem Jahr (vgl. Tabelle 2). Es kommt allerdings zu einer Verlagerung der Auftriebskräfte; bei nachlassender Exportdynamik wird die Binnennachfrage als Konjunkturstütze an Bedeutung gewinnen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird weiter zunehmen, die Arbeitslosigkeit insbesondere in Westdeutschland merklich sinken; die Arbeitslosenquote wird Ende 2001 nur noch reichlich 8% betragen[13]. Der Preisanstieg wird sich bei nachlassenden außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulsen und nur moderaten Lohnsteigerungen spürbar abschwächen; die Inflationsrate Ende des Jahres wird wieder merklich unter 2% liegen.

Die Prognose für das Jahr 2001 birgt allerdings nicht unbeträchtliche Risiken. So ist trotz einer Entspannung an den Ölmärkten nicht auszuschließen, dass der Ölpreis hoch bleibt und die Ölrechnung sich nicht – wie hier unterstellt – wieder verringert. Damit würde auch die Gefahr einer Verfestigung des außenwirtschaftlich bedingten Preisanstiegs und neuerlicher Zinsanhebungen durch die EZB größer. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass es in den USA zu einer „harten" Landung der Konjunktur kommt. Ein konjunktureller Einbruch in den USA, der sicherlich auch Auswirkungen auf die Wechselkurse hätte, würde in erheblichem Maße auf andere Regionen ausstrahlen und die Entwicklung dort beeinträchtigen.

Tabelle 2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt[1]	1,4	2,1	1,6	3,1	2,7	2,5
Private Konsumausgaben	1,0	2,0	2,6	2,0	2,5	2,2
Konsumausgaben des Staates	–1,2	0,5	–0,1	1,6	0,8	0,7
Anlageinvestitionen	0,8	3,0	3,3	2,9	4,2	4,1
Ausrüstungen	4,2	9,2	6,7	10,3	9,2	7,3
Bauten	–1,5	–1,0	0,5	–2,4	0,0	1,0
Sonstige Anlagen	8,1	10,9	12,4	9,3	8,7	9,2
Inlandsnachfrage	0,6	2,4	2,4	2,3	2,5	2,4
Ausfuhr	11,3	7,0	5,1	12,4	9,0	6,4
Einfuhr	8,6	8,6	8,1	10,1	8,6	6,1
Erwebstätige[2]	2,9	0,9	1,1	1,6	1,1	0,7
dar.: Westdeutschland	0,0	1,2	1,3	2,0	1,1	0,8
Ostdeutschland	–1,2	–0,1	–0,1	–0,5	0,5	0,3
Arbeitslose (1000 Personen)	4384	4279	4099	3889	3660	3500
dar.: Westdeutschland	3020	2904	2756	2529	2338	2207
Ostdeutschland	1364	1375	1344	1360	1322	1292
Arbeitslosenquote[3] (in %)	10,6	10,3	9,8	9,2	8,6	8,2
dar.: Westdeutschland	9,1	8,7	8,2	7,4	6,8	6,4
Ostdeutschland	16,6	16,7	16,4	16,7	16,2	15,9
Verbraucherpreise[4]	1,9	1,0	0,6	2,0	2,0	1,3
Lohnstückkosten[5]	–0,8	0,0	0,6	–0,2	0,4	0,4
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	–2,7	–2,1	–1,4	1,5[a]	–1,4	–0,5
Leistungsbilanzsaldo[6] (Mrd. DM)	–4,8	–8,0	–35,5	–50,2	–40,2	–20,0

[1] In Preisen von 1995. [2] Im Inland. West- und Ostdeutschland: Inländer. Schätzung auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und des Mikrozensus. [3] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). [4] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. [5] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. [6] In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. [a] Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Prognose HWWA; Angaben teilweise gerundet.

Fortsetzung des Aufschwungs im Jahre 2002

Angesichts der schon für das Jahr 2001 bestehenden Risiken sind die Annahmen, auf denen eine Prognose für das Jahr 2002 aufbauen muss, mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Hier wird von folgenden, aus heutiger Sicht für wahrscheinlich gehaltenen Rahmenbedingungen ausgegangen: Der Ölpreis gibt weiter nach und bewegt sich im Jahre 2002 eher am unteren Rand der von der OPEC angestrebten Spanne von 22 bis 28 $ je Barrel. Der Ölpreisschock führt lediglich zu einer temporären Beeinträchtigung der Konjunktur in den ölimportierenden Ländern; seine Folgen werden im Laufe des Jahres 2001 überwunden. In den USA gelingt ein „soft landing"; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert weiterhin etwa im Ausmaß des Potentialwachstums. Der Euro wird sich im Jahresverlauf weiter leicht festigen. Die Inflationsrate im Euroraum bleibt bei moderaten Lohnsteigerungen unterhalb 2%. Die Zinsen werden sich am kurzen wie auch am langen Ende wenig ändern.

Unter diesen Bedingungen ist mit einer Fortsetzung des Aufschwungs im Jahre 2002 zu rechnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte in ähnlichem Maße wie das Produktionspotential steigen; das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahre 2002 um rund 2½% höher sein als 2001. Die Beschäftigung wird weiter zunehmen, und die Zahl der Arbeitslosen spürbar zurückgehen. Die Inflationsrate wird sich deutlich unterhalb der Zwei-Prozent-Marke bewegen und merklich geringer sein als im Euroraum insgesamt.

[13] Gemessen an den zivilen Erwerbspersonen.